zeitmodelle, die flexibel gestaltet werden können, Unterstützung bei der Organisation der Pflege von Angehörigen sowie Programme, die die Wiedereingliederung ins Berufsleben nach Elternzeiten erleichtern, sind notwendig, um eine Quotenregelung Erfolg bringend umzusetzen", so Wildfeuer.
(02/11/10)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Dialog zur Dienstrechtsreform in NRW gestartet

(dbb) In Nordrhein-Westfalen haben die Gespräche zur Reform des Dienstrechts begonnen. Ende Februar 2010 fand die erste Unterredung des Expertenforums statt, zu der Finanzminister Helmut Linssen und Innenminister Ingo Wolf neben Experten aus den Gewerkschaften (DBB, DGB, DRB) auch Vertreter des Bundes der Steuerzahler, von Landkreistag, Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund eingeladen hatten.

Wie der dbb nrw am 12. März 2010 mitteilte, seien sich alle Teilnehmer einig darüber gewesen, dass das Thema Besoldung „Bestandsschutz genießt". Roland Staude, 2. Vorsitzender des Landesbundes, machte für den dbb nrw deutlich, dass auch das bestehende Beihilfesystem tabu sein müsse. Zudem dürfe es keine Diskussion auf Grundlage des Papiers der so genannten Bull-Kommission aus dem Jahre 2004 geben. Darin war das Beamtenverhältnis als „nicht zukunftsfähig" bezeichnet worden.

Für den dbb nrw entscheidende Punkte seien Fragen des Aufstiegs in Verbindung mit dem Leistungsaspekt bis hin zur leistungsorientierten Bezahlung, so Staude. Weitere Gespräche sollen am 2. Juni uns am 10. September stattfinden.
(03/11/10)

Entwurf zum Dienstrechtsreformgesetz sorgt für Unmut – BBW: Landesregierung muss Einschnitte zu Lasten der Beschäftigten unterlassen

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion hat die baden-württembergische Landesregierung aufgefordert, bei der Reform des Dienstrechts gravierende Einschnitte zu Lasten der öffentlich Beschäftigten und ihrer Personalvertretungen zu unterlassen. In einem Schreiben an Ministerpräsident Stefan Mappus unterstreicht BBW-Chef Volker Stich: Die ursprünglich vorgesehene Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), die sich auf eine Korrektur der Mitbestimmung bei Anträgen auf Verlängerung der Lebensarbeitszeit beschränkte, ist für den BBW akzeptabel. Alles was darüber hinausgeht, lehnt der BBW ab.

In seinem Brief an den Ministerpräsidenten kritisiert der BBW-Vorsitzende, dass der jetzt in die Ressortanhörung gegangene Entwurf zum Dienstrechtsreformgesetz (DRG) mit der einschneidenden Korrektur des LPVG in einer Art und Weise in die Beteiligungsrechte der Personalvertretungen eingreife, die weit über das hinausgehe, was das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 24. Mai 1995 dem Gesetzgeber auferlegt habe. So will die Regierung festschreiben, dass Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, seien es nun Beamte oder Angestellte, künftig ihrem Arbeitgeber anzeigen müssen, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren. Mehr noch: Nach dem Entwurf sollen sie auch offenlegen, welche Vergütung sie dafür erhalten.

„Ein solches Vorgehen kann beim BBW niemand verstehen", sagte Stich am 15. März 2010. Der Landesvorstand des BBW habe am 9. März 2010 aufs Schärfste kritisiert, dass der

Entwurf zu Lasten der Beschäftigten von den „Eckpunkten für eine Neuordnung des Dienstrechts in Baden-Württemberg" abweiche, die die Landesregierung erst am 15. Dezember 2009 verabschiedet hatte. Der BBW halte es für unerträglich, in Zeiten der Arbeitsverdichtung und Umstrukturierung in weiten Bereichen der Verwaltung den öffentlich Beschäftigten das Mitspracherecht in Personal- und Arbeitsplatzfragen zu kappen, und fordere die Landesregierung daher auf, an ihrer Beschlusslage vom 15. Dezember 2009 festzuhalten, so Stich.
(04/11/10)

dbb schleswig-holstein: Vorschläge zu Beamtenkürzungen zeugen von grober Unkenntnis

(dbb) Die jüngsten Sparvorschläge der Grünen im Landtag Schleswig-Holsteins hat die dbb-Landesbundvorsitzende Anke Schwitzer als „ideenlose Politik" bezeichnet. Die Grünen hatten Kürzungen bei den Beamtenpensionen angeregt, um so die Landesfinanzen zu sanieren.

„Ein Griff in die politische Mottenkiste" sei dies, so Schwitzer am 11. März 2010. „Scheinbar haben die Landtags-Grünen ihre Hausaufgaben zur Konsolidierung der Landesfinanzen gemacht – aber nur scheinbar, auch wenn die Landespresse zu den Vorschlägen wieder laut Applaus klatscht. Immerhin soll mal wieder die Gruppe der Beamten zur Kasse gebeten werden. Das ist aus Sicht vieler Politiker populär, das kommt scheinbar immer gut an."

Doch am Ende seien es Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, die nach dem geforderten Abbau von 4.800 Stellen eingestampft werden müssen, gab Schwitzer zu denken.

Von grobem Unverstand zeuge aus Sicht des dbb schleswig-holstein die Forderung von Kürzungen bei den Beamtenpensionen: „Zunächst mal muss darauf hingewiesen werden, dass bereits in acht Schritten auf der Grundlage des Versorgungsänderungsgesetzes von 2001 die Pensionen abgesenkt werden. Die Prozedur ist in Schleswig-Holstein noch gar nicht abgeschlossen." Der dbb schleswig-holstein werde in einem Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Robert Habeck, versuchen, Licht ins Dunkel bringen.
(05/11/10)

dbb saar im Spitzengespräch mit der Landesregierung

(dbb) Der Landesvorstand des dbb saar ist am 9. März 2010 zu einem Spitzengespräch mit dem Ministerpräsidenten des Landes, Peter Müller, zusammengetroffen. Im Mittelpunkt standen der Koalitionsvertrag, die Finanzsituation des Landes und deren Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst sowie die weitere Umsetzung der Föderalismusreform I im Beamtenbereich.

Wie der dbb saar weiter mitteilte, nahmen an der Unterredung auch Innenminister Stephan Toscani, Finanzminister Peter Jacoby, der Chef der Staatskanzlei Minister Karl Rauber und der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Meiser, teil.

Ministerpräsident Müller verwies auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, kündigte aber die Förderung von Projekten in den Bereichen Bildung, Forschung, Wirtschaftsförderung, Umwelt und Kultur an. Zudem setze die Landesregierung verstärkt auf Bildung und Innere Sicherheit. Im Schulbereich seien 78 neue Stellen geplant. Bei der Polizei sollen zusätzlich 55 Anwärterstellen und bei den Justizvollzugsanstalten zusätzlich 35 Stellen geschaffen werden.

Durch die vorgesehenen Einsparungen von circa vier 4 Millionen Euro (nur noch jede dritte frei werdende Stelle – mit Ausnahme von Poli-

zei und Lehrern – soll wieder besetzt werden) dürfe ein qualifizierter öffentlicher Dienst nicht gefährdet werden, so der dbb saar.

Landesregierung und dbb Landesbund verständigten sich darauf, die vor den Landtagswahlen 2009 unterbrochene Arbeit von Innenministerium und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen am „Runden Tisch" bis Mai 2010 wieder aufzunehmen und bis Jahresende eine novellierte saarländische Laufbahnverordnung auf den Weg zu bringen.
(07/11/10)

Steuer-Gewerkschaft: Abkommen mit Liechtenstein ist „Quantensprung"

(dbb) Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) hat das vom Kabinett gebilligte Steuerabkommen mit Liechtenstein als Erfolg gewertet. „Das Abkommen ist ein Quantensprung", sagte der DSTG-Vorsitzende Dieter Ondracek der „Stuttgarter Zeitung" (Ausgabe vom 11. März 2010).

„Es gibt nur noch wenige Plätze, auf die Steuerbetrüger ausweichen können", so Ondracek weiter. Er nannte Inselstaaten in Übersee und asiatische Stadtstaaten wie Singapur. Deutsche hätten wegen der Nähe unversteuertes Geld vor allem in Steueroasen im Alpenraum transferiert. Das sei nun nicht mehr so leicht möglich. „Es wird wahrscheinlich immer Schlupflöcher geben. Die Steuerflucht wird aber erschwert." Er erwarte, so Ondracek weiter, „dass auch die Schweiz die allgemeinen Spielregeln akzeptieren wird. Falls sich Bern diesem Schritt verweigert, würde der Finanzplatz Schweiz international geächtet."

Für die Finanzbehörden bedeute das Abkommen, „dass Liechtenstein die zwischen Rechtsstaaten üblichen Auskunftspflichten und Rechtshilfestandards gewährleitet". Hätten deutsche Behörden Hinweise und einen konkreten Anfangsverdacht, könnten sie nun bei Liechtensteiner Behörden nachfragen.
(08/11/10)

GDL erstmals im Bahn-Konzernaufsichtsrat vertreten

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) zieht erstmals mit einem Vertreter in den Konzernaufsichtsrat der Deutschen Bahn ein. Das Mitglied des GDL-Bezirksvorstands Mitteldeutschland, Mario Reiß, wurde am 11. März 2010 in Hannover in einer Delegiertenversammlung der Arbeitnehmer in das Kontrollgremium gewählt. Der GDL-Vorsitzende Claus Weselsky wertete das Ergebnis als „Absage an die Politik der bisher im Aufsichtsrat vertretenen Gewerkschaften".

„Wir verstehen dieses Votum als klaren Auftrag für eine objektive und kritische Arbeit in den Aufsichtsratsgremien der Unternehmensmitbestimmung", sagte Weselsky. Bei den Tochtergesellschaften DB Regio und DB Schenker Rail Deutschland gewann die GDL je ein Aufsichtsratsmandat hinzu.

„Vergleichen wir die Aufsichtsratswahlergebnisse im März 2010 mit denen des Jahres 2005, so können wir die hervorragende Bilanz ziehen, nicht nur erstmals im Konzernaufsichtsrat vertreten zu sein, sondern darüber hinaus eine Steigerung der Aufsichtsratsmandate in allen von uns in den Fokus genommenen Gesellschaften von ehemals sieben im Jahre 2005 auf 16 im Jahr 2010 erreicht zu haben", zeigte sich Weselsky zufrieden. Der Konzernaufsichtsrat konstituiert sich am 24. März.
(09/11/10)